

2003

Pressemitteilung vom 16. Oktober 2003

Mitarbeiterin des Bürgerbüros zur Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Thüringen ernannt

Die Mitarbeiterin des Bürgerbüros – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, Hildigund Neubert, wurde heute vom Thüringer Landtag mit großer Mehrheit zur Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt.

Frau Neubert war seit Gründung des Büros als Beraterin für Verfolgte des SED-Regimes und in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Das Bürgerbüro verliert mit ihr eine kompetente Mitstreiterin. Die durch den Weggang von Frau Neubert entstandene Lücke konnte bereits geschlossen werden, so dass die Arbeit des Bürgerbüros uneingeschränkt fortgeführt wird.

gez. Bärbel Bohley, Vorsitzende

Pressemitteilung vom 24. September 2003

Novum-Millionen für die Opfer der SED-Diktatur

Die Vorsitzende des Bürgerbüros – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur – Bärbel Bohley fordert die Bundesregierung auf, einen Großteil der Summe des Geldes aus den Novum-Millionen den Opfern der SED-Diktatur zukommen zu lassen.

Das Berliner Oberverwaltungsgericht hatte am gestrigen Tage entschieden, dass es sich bei der Novum um eine Firma der SED gehandelt hat und demnach das Vermögen der Novum dem Bund zusteht. Das Geld soll nun dem Vernehmen nach für den Aufbau Ost verwandt werden.

Demgegenüber sagte Frau Bohley: „Das Geld der Partei, die für systematische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, sollte zum Großteil den Opfern des SED-Regimes zur Verfügung gestellt werden. Das wäre ein Gebot der Gerechtigkeit. Die bestehenden Entschädigungsregelungen haben bislang nicht verhindern können, das viele SED-Opfer heute auf Sozialhilfeniveau leben müssen.“ Frau Bohley betonte zudem, daß das Erinnern an die 2. deutsche Diktatur in der Öffentlichkeit aus dem Blick zu geraten drohe.

Es sei deshalb dringend notwendig, die finanziell äußerst schwach ausgestatteten Aufarbeitungsinitiativen und die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mit den freiwerdenden Mitteln aus dem Novum-Vermögen besser zu stellen.

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bohley

Dr. Ehrhart Neubert

Ausstellungseröffnung am 4. September 2003

Zur Eröffnung der Ausstellung des Bürgerbüro e.V. "Repression und Bekenntnis - Junge Christen in der DDR"

lädt der Förderverein Zionskirche herzlich ein zu einer Podiumsdiskussion am Donnerstag, 4. September 2003, 19.00 Uhr in der Berliner Zionskirche zum Thema "Kirche in der DDR - Raum für politische Selbstbehauptung und öffentlichen Widerspruch"

Eine Podiumsdiskussion mit:

- Rainer Eppelmann MdB,
- Pfarrerin Ruth Misselwitz,
- Generalsuperintendent Martin-Michael Passauer,
- Pfarrer i.R. Hans Simon.
- Moderation: Christoph Singelstein,
- Chefredakteur Antenne Brandenburg

Veranstalter:

Förderverein Zionskirche Griebenowstr.16 10435 Berlin www.zionskirche-berlin.de E-Mail: info@zionskirche-berlin.de

Spendeninitiative: Überfall auf unsere Partnerorganisation in St. Petersburg

Liebe Freunde von Memorial, sehr geehrte Damen und Herren, am 14. August 2003 ist das Büro unserer Partnerorganisation MEMORIAL Petersburg überfallen worden. Maskierte Männer drangen in das Gebäude ein, forderten sämtliche Unterlagen und Daten von MEMORIAL zu Tschetschenien, fesselten den Vorsitzenden von MEMORIAL Petersburg Wladimir Schnitke und seine anwesenden Mitarbeiterinnen, verwüsteten das Büro und raubten die komplette Computerausstattung. Die Männer bezeichneten sich selbst als Vertreter der „Gesellschaft zum Schutz von Oberst Budanow“ (Oberst Budanow vergewaltigte und ermordete eine junge Tschetschenin und wurde unter zwielichtigen Umständen zunächst als nicht schuldig eingestuft, später aber doch zu 10 Jahren Haft verurteilt. MEMORIAL hat diesen Fall von Beginn an kritisch beobachtet und Recherchen dazu unternommen.) In mehreren Telefonaten erklärte uns Herr Schnitke, dass er und seine Mitarbeiterinnen gesundheitlich wohlauf sind. Allerdings sind das zerstörte Büro und der Verlust der kompletten Computerausrüstung einschließlich aller Daten ein schwerer Schlag für MEMORIAL Petersburg.

Deshalb möchten wir eine Spendeninitiative starten, um MEMORIAL Petersburg zumindest materiell beim Aufbau des Büros zu unterstützen. Dringend benötigte Spenden zur Wiederbeschaffung einer neuen Computerausstattung nimmt MEMORIAL Deutschland gerne entgegen und leitet sie an Herrn Schnitke weiter. Berichten Sie bitte gegebenenfalls in Ihrem Umkreis von diesem Vorfall. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Sebastian Priess.

Spenden können auf folgendes Konto überwiesen werden:

Bank für Sozialwirtschaft Berlin BLZ 100 205 00

Konto: 33200-00 Stichwort: "Notfall Petersburg"

MEMORIAL Deutschland e.V. <http://www.memorial.de>

Historische Aufklärung - Menschenrechte - Soziale Fürsorge

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Strasse 4, 10405 Berlin

Bürgerbüro e.V.

Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur

Bernauer Str. 111, 13355 Berlin

Pressemitteilung vom 26. März 2003

Verheerender Schlag gegen Demokratisierung in Serbien

Das Bürgerbüro - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur ist tief betroffen von der feigen Ermordung des serbischen Premiers Zoran Djindjic und befürchtet in der Folge eine Gefahr für die begonnene Demokratisierung, die Meinungsfreiheit und die Menschenrechte in Serbien.

Die in Kroatien lebende Vorsitzende des Bürgerbüros e.V. Bärbel Bohley sagte im Hinblick auf die Situation in Serbien: "Es besteht die ernste Gefahr, dass sich in Serbien die alten totalitären Strukturen wieder durchsetzen und die Menschenrechte erneut unterdrückt werden. Schon jetzt lassen die Medienberichte aus Serbien zu den Ereignissen in Belgrad eine Einschränkung der Meinungsfreiheit befürchten.

Bohley würdigte den ermordeten serbischen Premier als einen mutigen Politiker, dem entscheidend der Sturz des Milosevic-Regimes und die Öffnung der serbischen Gesellschaft für demokratische Werte zu verdanken ist. Die Auslieferung Milosevics an das Haager Kriegsverbrechertribunal sei in diesem Sinne sein größter Verdienst, auch wenn ihm gerade das letztlich den Zorn weiter Teile der serbischen Bevölkerung eingebracht habe.

Kritisch wertet Bohley, dass Djindjic sich als pragmatischer Politiker verstand, der die gesellschaftliche Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit Jugoslawiens allein den Historikern überlassen wollte. "Am serbischen Beispiel zeigt sich, dass Demokratisierung ohne radikale Aufarbeitung der dunklen Vergangenheit kommunistischer Diktaturen nicht möglich ist. Dazu gehört auch die vollständige Entfernung von Angehörigen der Repressionsorgane aus öffentlichen Ämtern und Verwaltungen. Andernfalls sind Rückfälle in menschenrechtsfeindliche und totalitäre Strukturen vorprogrammiert" sagte Bohley.

Presseerklärung vom 25.02.2003

Bundesregierung will Aufarbeitung der SED-Diktatur erschweren

Nach einem Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages soll der Etat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das laufende Jahr um fast zehn Prozent gekürzt werden. Zahlreiche Projekte zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 und weitere Vorhaben der Stiftung sind damit gefährdet.

Das Bürgerbüro - Verein zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist über diese Entscheidung zutiefst empört und versteht sie als ein weiteres Zeichen dafür, dass von der Bundesregierung eine kritische Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur offenbar nicht gewünscht wird.

Nachdem in den letzten Jahren die Renten für ehemalige Funktionäre der SED, Offiziere der NVA und der Grenztruppen und Stasimitarbeiter auf Beschluss der Bundesregierung in erheblichem Umfang erhöht wurden und dies den Bundeshaushalt vermutlich um hunderte Millionen Euro zusätzlich belastet, werden die Forderungen der SED-Opfer auf eine angemessene Versorgung regelmäßig abgelehnt, so dass viele der Betroffenen unter schwierigsten finanziellen Verhältnissen leben müssen.

Nun soll augenscheinlich auch die wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung sowie die Opferberatung durch die vom Deutschen Bundestag eigens dafür ins Leben gerufene Stiftung, deren Minietat ohnehin nur 4, 1 Millionen Euro beträgt, lahmgelegt werden.

Wir sehen daher die jüngste Mittelkürzung für die Stiftung in einer Reihe von Entscheidungen, die letztlich einer Verharmlosung der SED-Diktatur Vorschub leisten.

Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, den Etat der Stiftung nicht anzutasten. Die Bundesregierung steht in der historischen Pflicht, die Diktaturaufarbeitung zu fördern und nicht zu behindern.

Bärbel Bohley, Vorsitzende

Dr. Ehrhart Neubert, stellv. Vorsitzender

Berlin, den 9.1.2003

Ost-Looser mit MDR-Auftritt?

Der MDR will zwei Spitzen-Looser des Ostens ab dem 20. Januar für eine Talkshowreihe recyceln, Gregor Gysi und Lothar Späth. Gysi war jüngst in Berlin als Wirtschaftssenator gescheitert und Späth wurde als designierter Wirtschaftsminister gar nicht erst gewählt. Obwohl das Gespann schon einmal medienwirksam in Leipzig inszeniert wurde, erteilten die Ostdeutschen Gysis Partei und Späths Kandidatur eine Abfuhr.

Die Ostdeutschen hatten die "Verdienste" beider wohl nicht vergessen. Die Wirtschaftskompetenz von Gysi erwies sich besonders bei der Rettung der SED-Milliarden vor dem Volk. Und Späth hat in Thüringen erfolgreich die teuerste Sanierung aller Zeiten zuwege gebracht.

Auch schon vor der Vereinigung 1990 waren beide hervorgetreten. Gysi verteidigte DDR-Dissidenten zu deren Ungunsten in Zusammenarbeit mit dem MfS, wie der Untersuchungsausschuß des Bundestages feststellte. Und Späth zeichnete sich bei seinem letzten Gespräch mit Honecker durch völlige Fehleinschätzungen der Lage im Osten aus, bevor er aus bekannten Gründen als Ministerpräsident zurücktreten musste. Beide sind an solchen Erinnerungen nicht interessiert. Da sind sie beim Mdr richtig plaziert, denn der Sender tat sich mit der Vergangenheit auf peinliche Weise ebenfalls schwer.

Nun aber wollen die ausgewiesenen Looser die Ostdeutschen aufmuntern und sagen, wo es lang geht. Doch im Osten ist etwas anderes gefragt. Statt des längst überdrüssigen Palavers der ewigen Alleinunterhalter braucht es die Mobilisierung der Bürger als Subjekte und die Aktivierung von Kapital. Statt der ostdeutschen Öffentlichkeit medienpolitische Highlights mit hoffnungsvollem Personal zu bieten, betreibt der MDR ausschaltquotenträchtige Verdunklung.